

Angebot

**im Vergabeverfahren für
Erdgaslieferungen
der WIR KITAs gem. GmbH
für Kindertageseinrichtungen**

1

Wir¹ bieten hiermit die ausgeschriebenen Lieferleistungen für Erdgas (Los 2) auf der Grundlage der Vergabeunterlagen des Verfahrens an, das mit der Bekanntmachung im Amtsblatt S der EU eingeleitet wurde. Insbesondere diese Bekanntmachung und die Leistungsbeschreibung (Anlage B1) sind Bestandteile unseres Angebots.

2

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Vergabewettbewerb führen kann.

3

Bestandteile dieses Angebotes bzw. Anlagen zu diesem Angebot sind²:

- Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil
- Vordruck 2: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123 Abs. 1 und 4, 124 GWB
- Vordruck 3: Angaben zu Umsatzdaten
- Vordruck 4: Referenzen
- Vordruck 5: Bestätigung des Versicherungsgebers über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung (Kopie ausreichend, bei Ablauf der Bewerbungsfrist möglichst nicht älter als drei Monate) oder Bestätigungsschreiben eines Versicherungsgebers, eine entsprechende Versicherung im Auftragsfall abzuschließen, siehe unter 5.1.9 der Bekanntmachung;
- Eigenerklärung zu Russland-Sanktionen (Formular 523 EU – Anlage A2)
- Auszug aus dem Handelsregister (als Anlage A3), soweit das Unternehmen entsprechend der Rechtsform in einem Register eingetragen ist (bei ausländischen Bietern Auszug aus vergleichbarem Register), der Registerauszug darf bei Ablauf der Angebotsfrist nicht älter als sechs Monate sein;
- ggf.: Erklärung zur Bildung einer Bietergemeinschaftserklärung
- ggf.: Erklärung zur Beauftragung eines Nachunternehmens/ zur Eignungsleihe

¹ Die „Wir-Form“ gilt sowohl für einzelne Bewerber als auch für Bietergemeinschaften.

² Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Positionen an. Die Anforderungen an den Nachweis der geforderten Eignung ergeben sich

4

Die ausgeschriebenen Lieferleistungen für Erdgas (Los 2) bieten wir im Festpreismodell mit einer Preisfixierung und einer preislichen Referenzierung an die Settlementpreise der EEX THE Natural Gas Futures Physical (im Kalenderjahr 2026 wird auf Quartalsprodukte, in den Jahren 2027 und 2028 auf Jahresprodukte referenziert) wie folgt an:

Pos.	Beschreibung	wertungsrelevante Mengen (informativ)	Preis (hier vom Bieter in den weißen Feldern einzutragen)
1	Grundpreis je Monat je Abnahmestelle	3.886	€
2	Zuschlag für 2026: C ₂₀₂₆ in €/MWh	4.000 MWh	€/MWh
3	Zuschlag für 2027: C ₂₀₂₆ in €/MWh	9.500 MWh	€/MWh
4	Zuschlag für 2028: C ₂₀₂₆ in €/MWh	9.500 MWh	€/MWh

Die angebotenen Preise verstehen sich als Aufpreise bzw. Abwicklungspauschalen auf die referenzierten Großhandelsnotierungen. Sie sind mit drei Nachkommastellen ohne Netznutzungsentgelte, Konzessionsabgabe, Bilanzierungsumlage, Erdgas- und Umsatzsteuer zum genannten Preisstand anzugeben.

Die Positionen werden durch das Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung festgelegt und bleiben konstant über die gesamte Lieferzeit.

In den Aufschlägen und Grundpreisen sind sämtliche Kosten für Transport bis zum virtuellen Handelpunkt des Marktgebiets, Strukturierung, Fahrplanabweichungen, Kundenbetreuung, Abrechnung, Margen etc. enthalten. Hinzu addiert werden die Settlementpreise der jeweiligen Großhandelsprodukte zum Zeitpunkt der Preisfixierung.

Die o. g. Preise erhöhen sich um die Erdgas- und die Umsatzsteuer in der jeweils gesetzlich festgelegten Höhe.

5

Der angebotenen Preisfixierung für den gesamten Lieferzeitraum der Lieferjahre 2026, 2027 und 2028 liegen die folgenden **Bedingungen für die Preisbildung** zugrunde:

Die Preisbildung erfolgt in Anlehnung an die Börsenpreise der EEX THE Natural Gas Futures Physical. Die Berechnung des jeweiligen Energiepreises für die Laufzeit des Vertrages erfolgt über die nachstehenden Formeln:

▪ **Lieferzeitraum: 01.08.2026 – 01.01.2027**

$$EP_{2026} = (EEXQ_{3_2026} + EEXQ_{4_2026}) / 2 + C_{2026} \quad \text{in [€/MWh]}$$

▪ **Lieferzeitraum: 01.01.2027 – 01.01.2028**

$$EP_{2027} = EEXCal_{2027} + C_{2027} \quad \text{in [€/MWh]}$$

▪ **Lieferzeitraum: 01.01.2028 – 01.01.2029**

$$EP_{2028} = EEXCal_{2028} + C_{2028} \quad \text{in [€/MWh]}$$

$$EP_{202X} = \text{Abrechnungsrelevanter Festpreis nach Zuschlagserteilung in [€/MWh]}$$

6

Preisfixierungsbedingungen:

Es werden die EEX THE-Natural Gas Futures Physical als Settlementpreis zum Zeitpunkt der Preisfixierung verwandt. Die preisliche Fixierung für die gesamte Vertragslaufzeit erfolgt zu einem Zeitpunkt.

Erfolgt die Zuschlagserteilung bis 13:00 Uhr eines EEX Handelstages, so gilt der Settlementpreis des laufenden Handelstages, der am Folgetag durch den Auftragnehmer zu bestätigen ist. Erfolgt die Zuschlagserteilung nach 13:00 Uhr eines Handelstages, so gilt der Settlementpreis des nächsten Handelstages. Die Bestätigung des Preises durch den Auftragnehmer erfolgt so dann am übernächsten Tag.

Die Preisfixierung erfolgt zeitgleich mit der Zuschlagserteilung. Es gibt keinen gesonderten Auftrag zur Preisfixierung.

Im jeweiligen Energiepreis EP und dem Grundpreis je Abnahmestelle sind neben der Energiebeschaffung sämtliche Kosten für Transport bis zum virtuellen Handelspunkt des Marktgebietes, Strukturierung, Fahrplanabweichungen, Kundenbetreuung, Energieabrechnung, Margen etc. enthalten. Die Aufschläge c202X und der Grundpreis werden durch das Ergebnis der Ausschreibung festgelegt und bleiben konstant über die gesamte Lieferzeit.

Die o. g. Preise beinhalten nicht die Netznutzungsentgelte ab dem virtuellen Handelpunkt des Marktgebiets sowie die eventuell anfallende Konzessionsabgabe. Diese Erdgaspreisbestandteile werden zusätzlich vom Lieferanten in der jeweils anfallenden Höhe dem Kunden in Rechnung gestellt.

Die Bilanzierungsumlage ist nicht enthalten und wird in Ihrer jeweiligen Höhe je Zeitreihentyp und Marktgebiet, zusätzlich in Rechnung gestellt.

Die Abgabe nach Brennstoffemissionshandelsgesetz ist nicht enthalten und wird zusätzlich zum jeweils aktuell veröffentlichten Wert in Rechnung gestellt werden.

Bei Abnahmestellen mit der Gasqualität L-Gas wird das Konvertierungsentgelt bis zum bilanziellen Umstellungstermin der jeweiligen Abnahmestelle zusätzlich in Rechnung gestellt.

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Angebots. Dies umfasst auch alle vorstehend aufgeführten Anlagen.

(Ort)	(Datum)
	(Stempel und Unterschrift des Bieters bei Bietergemeinschaften: des bevollmächtigten Mitglieds)

Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

- ☐ Einzelbieter
- ☐ Bevollmächtigter Vertreter einer Bietergemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft
- ☐ Nachunternehmer des Bieters / der Bietergemeinschaft
- ☐ Sonstiges eignungsverschaffendes Unternehmen

Firmenname und Adresse:	
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:	
Kontaktdaten (Telefon/E-Mail):	
Tätigkeitsgebiet(e):	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Hauptsitz des Unternehmens:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	
Ggf. ergänzende Angaben:	

Ausfüllhinweise

Der Vordruck ist von allen an der Bewerbung beteiligten Unternehmen (siehe Kopf des Vordrucks) mit dem Angebot abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Hiermit erklären wir, dass

(bitte jeweils durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl, etwa aufgrund einer Selbstreinigung i.S.d. § 125 GWB, die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist)

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.d. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB vorliegen,
- und
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen nach unserer Einschätzung/ Kenntnis keine fakultativen Ausschlussgründe i.S.d. § 124 GWB vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

<p>_____ (Ort</p>	<p>_____ (Da-</p>	<p>_____ (Stempel und Unterschrift des Bieters bei Bietergemeinschaften: des bevollmächtigten Mitglieds)</p>
-----------------------	-----------------------	--

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbungsgemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben. Die Erklärung ist außerdem im Fall einer Eignungsleihe auch von dem anderen Unternehmen i.S.d. § 47 VgV einzureichen. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden. Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB wird auf folgenden Text der §§ 123, 124 GWB verwiesen:

§ 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder

wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),

7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

(2) Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder

2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124 Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,

4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

9. das Unternehmen

- a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

Vordruck 3: Angaben zu Umsatzdaten

Name des erklärenden Unternehmens: _____

„Angaben zu Jahresumsätzen aus Erdgaslieferungen, die den ausgeschriebenen Leistungen des Loses 2 vergleichbar sind

Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aus mit den ausgeschriebenen Erdgaslieferungen vergleichbaren Leistungen (in Euro, netto) :	2025	
	2024	
	2023	

(Ort)

(Datum)

(Stempel und Unterschrift des Bieters
bei Bietergemeinschaften:
des bevollmächtigten Mitglieds)

Vordruck 4: Angaben zu Referenzen

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Es gelten ausschließlich die Angaben auf diesem Vordruck. Firmenprospekte und Werbematerial werden nicht berücksichtigt.

Gefordert werden mindestens zwei (2) Referenzen für Energielieferungen vergleichbaren Erdgaslieferungen aufgrund eines Festpreis-Liefermodells mit einem entsprechenden Volumen. Die Zahl der Abnahmestellen in den referenzierten Leistungen kann geringer sein, muss aber die Gewähr für eine vertragskonforme Lieferung der hier ausgeschriebenen Abnahmestellen bieten. Die Referenzleistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren erbracht worden sein.

Mit der elektronischen Abgabe des Teilnahmeantrags auf dem Vergabeportal DTVP gelten die Erklärungen und Angaben der Referenzen als wirksam abgegeben.

Referenz Nr.: 1

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefon- nummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung der Referenzleistung:	

Referenz Nr.: 2

Referenzprojekt (stichwortartige Bezeichnung):	
Verantwortliche Niederlassung des Bewerbers:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefon- nummer / E-Mail):	
Leistungszeitraum (Monat / Jahr – Monat / Jahr bzw. laufend):	
Auftragswert	
Auftragsgegenstand:	
Beschreibung der Referenzleistung:	

Vordruck 5: Angaben zum Versicherungsschutz

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Angaben zum Haftpflichtversicherungsschutz“

Eine Betriebshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mindestens 2 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie für Vermögensschäden, zweifach maximiert pro Jahr

- ☐ besteht bereits; **anliegend** überreichen wir zum Nachweis eine Bestätigung unseres Versicherungsgebers.
- ☐ wird im Auftragsfall abgeschlossen.

Mit der elektronischen Abgabe des Angebotes auf dem Vergabeportal DTVP gelten diese Erklärungen als wirksam abgegeben.

(Ort)

(Datum)

lesbare Angabe des Namens der vertretungs-be-
rechtigten Person des Bieters (bei Bieter-ge-
meinschaften: des bevollmächtigten Mitglieds)